

Stadt Cottbus/Chóšebuz · Neumarkt 5 · 03046 Cottbus

Paritätischer Landesverband Brandenburg e.V.
Vorstandsvorsitzender
Herr Andreas Kaczynski
Tornowstraße 48
14473 Potsdam



STADT COTTBUS
CHÓŠEBUZ

DER OBERBÜRGERMEISTER
WUŠY ŠOLTA

**BÜRO DES
OBERBÜRGERMEISTERS**

22. April 2026
Ihr Zeichen:
Aktenzeichen: 10.00.GA

Büro des Oberbürgermeisters

Ansprechpartner/-in
Aline Erdmann
Lea Sattler
Dr. Normen Franzke

Besucher-/Postadresse:
Neumarkt 5
03046 Cottbus

T +49 355 612 0
beauftragte@cottbus.de

www.cottbus.de

Konto der Stadtkasse
Sparkasse Spree-Neiße
IBAN:
DE06 1805 0000 3302 0000 21
BIC: WELADED1CBN



Rückmeldung zur Publikation „Drohender Kahlschlag im Sozialen“

der Beauftragten der Stadt Cottbus/Chóšebuz für die Belange von Menschen mit Behinderungen, für Seniorinnen und Senioren, für Kinder und Jugendliche sowie für Gleichstellung

Sehr geehrter Herr Kaczynski,
sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge nehmen wir die vom Paritätischen Gesamtverband veröffentlichten Inhalte des Arbeitspapiers „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ vom 16. April 2026 zur Kenntnis. Das Papier beschreibt weitreichende Kürzungs- und Umstrukturierungsvorschläge in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Eingliederungshilfe sowie Unterhaltsvorschuss. Betroffen wären damit insbesondere Kinder, Jugendliche, Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen sowie Menschen mit Behinderung.

Als Seniorenbeauftragter, Behindertenbeauftragter, Gleichstellungsbeauftragter sowie Kinder- und Jugendbeauftragter der Stadt Cottbus/Chóšebuz sehen wir diese Entwicklung mit erheblicher Sorge. Viele der dargestellten Vorschläge zielen laut Veröffentlichung auf Einsparungen in Milliardenhöhe – unter anderem durch Einschränkungen individueller Hilfen, Pooling von Unterstützungsleistungen, Kürzungen beim Unterhaltsvorschuss oder die Reduzierung von Unterstützungsansprüchen junger Volljähriger.

Für Städte wie Cottbus/Chósebus wären die Folgen unmittelbar spürbar. Unsere Stadt steht vor den Herausforderungen des demografischen Wandels, des Strukturwandels in der Lausitz sowie wachsender sozialer Anforderungen. Gleichzeitig benötigen Kinder, Jugendliche, Familien, Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung verlässliche, individuelle Hilfen, gute Bildungs- und Teilhabechancen sowie erreichbare Beratungsangebote.

Gerade auf kommunaler Ebene zeigt sich täglich: Frühzeitige, individuell abgestimmte Hilfen sparen langfristig Kosten. Werden Schulbegleitungen eingeschränkt, Familienhilfen reduziert, Teilhabeleistungen erschwert oder Präventionsangebote geschwächt, entstehen später häufig deutlich höhere Ausgaben in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Wohnungslosigkeit, Arbeitsmarktintegration und Krisenintervention. Besonders kritisch sehen wir Überlegungen, individuelle Unterstützungsleistungen pauschal durch Sammel- oder Gruppenslösungen zu ersetzen. Hilfen müssen sich am konkreten Bedarf des einzelnen Menschen orientieren – nicht allein an fiskalischen Erwägungen. **Selbstbestimmung, Barrierefreiheit und Chancengleichheit dürfen nicht zur Disposition stehen.**

Deutschland hat sich u.a. mit der UNKRK dazu verpflichtet, das Kindeswohl vorrangig zu berücksichtigen. Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, gute Bildung, Schutz und Perspektiven; Investitionen für Kinder und Jugendliche sind Investitionen für unser aller Zukunft. Gerade im Strukturwandel braucht die Lausitz junge Menschen, die hierbleiben, Familien gründen und Zukunft gestalten wollen. Dazu gehören starke Jugendhilfe, gute Betreuung, Teilhabe und soziale Sicherheit. Ebenso weisen wir darauf hin, dass soziale Infrastruktur eine zentrale Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern ist. Werden Betreuungsangebote geschwächt oder Leistungen für Familien reduziert, tragen häufig Frauen die Folgen durch unbezahlte Sorgearbeit, eingeschränkte Erwerbschancen und steigendes Armutsrisiko.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband; Gesamtverband e.V. dieses wichtige Anliegen öffentlich gemacht hat. Zugleich hoffen wir, dass die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Brandenburg die Debatte im Land Brandenburg engagiert begleitet und die zentrale Bedeutung einer verlässlichen sozialen Infrastruktur deutlich hervorhebt. Die freie Wohlfahrtspflege ist auch in Cottbus/Chósebus ein unverzichtbarer Partner für Beratung, Pflege, Teilhabe, Familienhilfe und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass wir als Beauftragte dieses Anliegen in den entsprechenden Landesarbeitsgemeinschaften der jeweiligen kommunalen Beauftragten platzieren werden, um dem Thema zusätzlich Nachdruck zu verleihen und eine breite Unterstützung zu fördern. Wir appellieren daher an Bund und Länder, notwendige Haushaltsentscheidungen mit Augenmaß zu treffen. Reformen müssen sich an Menschenwürde, sozialer Gerechtigkeit und kommunaler Realität orientieren. Einsparungen zulasten der Schwächsten sind kein Zukunftskonzept. Kommunen brauchen verlässliche Finanzierung und starke soziale Kooperationen – nicht den Abbau bewährter Unterstützungsstrukturen.

gez. Dr. Normen Franzke

Seniorenbeauftragter
Beauftragter für die Belange von
Menschen mit Behinderung

gez. Aline Erdmann

Gleichstellungsbeauftragte

gez. Lea Sattler

Kinder- und
Jugendbeauftragte